

USTER MACHT SCHRITTE FÜR PREISGÜNSTIGEN WOHNUNGSBAU

USTER Die IG der Ustermer Wohnbaugenossenschaften registrierte an ihrem Jahrestreffen mit Genütuung wichtige Schritte im Hinblick auf preisgünstigen Wohnungsbau in Uster.

Nach jahrelangem Warten haben die Armasuisse und die Stadt Uster einen Baurechtsvertrag über das Areal Zeughaus West abgeschlossen. Die Stadt will es an Unterbaurechtsnehmer weitergeben; damit soll der Bau von Wohnungen, in Kombination mit Gewerbe in den beiden geschützten Zeughäusern ermöglicht werden.

Die entsprechende Weisung des Stadtrats wird gemäss Medienmitteilung der IG Wohnbaugenossenschaft Uster im Moment von einer Gemeinderatskommission behandelt.

Laut einer Wirtschaftlichkeitsberechnung der Genossenschaften macht der Baurechtsvertrag den Bau von bis zu 130 preisgünstigen Wohnungen denkbar. «Während der Zeughaus-Gestaltungsplan einen Anteil von rund 50 Prozent solcher Wohnungen fordert, sind das Ziel der Genossenschaften 100 Prozent, mit einem weitgefächerten Mix von Wohn-, kombiniert mit Gewerbenutzungen», schreibt die IG weiter.

Die IG hat sich mit einer grundsätzlich positiven Einschätzung



Die IG der Wohnbaugenossenschaften in Uster setzt sich dafür ein, dass auf dem Areal Zeughaus West der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen dereinst bei 100 statt 50 Prozent liegt. Archivfoto: Fabio Meier

der Vorlage, aber auch mit vielen Fragen bereits an den Stadtrat und die Gemeinderatskommission gewendet; sie wird sich im Hinblick auf die zweite Kommissions- und die entscheidende Gemeinderats-sitzung erneut äussern.

ERSTER ERFOLG FÜR SENIOREN-RAT

Im Frühling wandte sich der Seniorenrat Uster mit einem Alarmruf an Parteien und Verbände: Der Mangel an zahlbarem und altersgerechtem Wohnraum für «junge Alte» werde gravierend; er zwingt unter anderem zu verfrühten, teuren Heimeintritten.

Bei einer Aussprache zum Thema ermunterte die IG der Wohnbaugenossenschaften dar-

auf den Seniorenrat, eine Initiative zu lancieren. «Wir schlugen vor, nicht nur auf Alterswohnungen, sondern auf breitere Bevölkerungskreise zu fokussieren.

Denn auch einkommensschwache Haushalte, Alleinerziehende und junge Familien können sich nach dem Verlust einer günstigen Wohnung neue oder als Ersatz gebaute Wohnungen nicht mehr leisten», schreibt die IG der Wohnbaugenossenschaften in Uster. Wenn die Stadtplanung nicht Gegensteuer gebe, würden zunehmend Menschen aus Uster verdrängt.

Der Seniorenrat hat die Anregung aufgenommen und mit Unterstützung aus der IG eine

entsprechende Einzelinitiative lanciert. Sie fordert ein entschiedeneres Engagement der Stadt auf dem Immobilienmarkt und die konsequente Nutzung planerischer Instrumente. Am 13. November hat der Gemeinderat die «vorläufige Unterstützung» dieser Initiative beschlossen (das «Regio» berichtete). Nun hat der Stadtrat 18 Monate Zeit, um eine mögliche Umsetzung des Begehrens vorzulegen.

AUSTAUSCH MIT WIRTSCHAFTS-FORUM

An ihrem Jahrestreffen haben die Genossenschaften ausserdem mit zwei Vorstandsmitgliedern des Wirtschaftsforums Uster einen Gedankenaustausch gepflegt.

Die beiden Interessenorganisationen verfolgen unterschiedliche Zielsetzungen, haben aber gleichzeitig manche Berührungspunkte. So sorgen die Genossenschaften beispielsweise auch für zahlbaren Wohnraum für Beschäftigte von Usters Wirtschaft. Sie sind selber ein Wirtschaftsfaktor. Und sie fokussieren nicht ausschliesslich auf Wohnraum, sondern auf guten Städtebau und zunehmend auf Mischformen von Wohnen und Arbeiten.

So wurden durchaus mögliche Kooperationen festgestellt – beispielsweise bei Projekten, die Wohnen und Arbeiten kombinieren wie aktuell beim Zeughaus-West. **REG**